

Fazit des Zweiten Teils

Eine Stabilitätsgemeinschaft ohne Alternativen

Die *Great Inflation* der Jahre 1967–1986 war der Auslöser für die Entwicklung des Gemeinsamen Markts von einer *Wirtschaftsgemeinschaft* zu einer *Stabilitätsgemeinschaft*. Obwohl diese Umwandlung auf der Veränderung der nationalen Währungs- und Wirtschaftspolitik beruhte, war die Bundesrepublik die treibende Kraft, die diese antiinflationistische Neuorientierung des europäischen Kompromisses vorschlug, voranbrachte und garantierte. Die Entstehung der *Stabilitätsgemeinschaft* war zum Teil die Folge einer Neudeinition der Europa- und Außenpolitik der Bundesrepublik, die das Ergebnis einer doppelten Entscheidung war: erstens die Neuausrichtung ihrer globalen Strategie von einer atlantischen zu einer europäischen Ordnung; zweitens die Bevorzugung einer gemeinschaftlichen Stabilitätsordnung, in der sie die Hauptrolle spielen sollte, gegenüber einer Strategie der Isolation und der nationalen Verteidigung der Sozialen Marktwirtschaft.

Die erste Entscheidung war zwar eine Reaktion auf die amerikanische Politik des *benign neglect*, die den internationalen Druck auf die westdeutsche Währung erhöhte; sie war jedoch auch Ausdruck eines neuen Gleichgewichts in den transatlantischen Handelsbeziehungen und eines größeren Maßes an Wettbewerb auf beiden Seiten. Die höhere nichtpreisliche Wettbewerbsfähigkeit westdeutscher Unternehmen weltweit und insbesondere auf dem US-Markt erlaubte es nun, die Folgen einer starken DM zu akzeptieren. Während die ordoliberalen Theorien über flexible Wechselkurse die öffentlichen Debatten in der Bundesrepublik beeinflussten, war die Entscheidung, die DM floaten zu lassen, letztlich das Ergebnis der Spekulationswellen, die schließlich alle Optionen zu Rettung des Bretton-Woods-Systems erschöpften. Die Abkehr vom *embedded Liberalism* der Nachkriegszeit richtete die Soziale Marktwirtschaft neu auf die Stabilitätspolitik aus. Sie stellte auch die durch

die Römischen Verträge auf der Grundlage der internationalen Ordnung von Bretton Woods begründete *Wirtschaftsgemeinschaft* in Frage.

Der Zusammenbruch des IWS führte jedoch nicht zum Rückzug der Bundesrepublik in die Logik einer monetären »Stabilitätsinsel«, sondern zu einer zweiten grundsätzlichen Entscheidung, nämlich die Stärke der DM innerhalb einer europäischen *Stabilitätsgemeinschaft* zu mildern. Der Grund für diese Entscheidung war einerseits die Angst vor einem Zerfall des Gemeinsamen Markts und einer weltweiten Desintegration aufgrund der Divergenzen, die durch die Wirtschafts-, Sozial- und Währungskrisen verstärkt wurden; andererseits spielte auch die Furcht vor den sozialen und politischen Folgen eines konstanten Wettbewerbsdrucks auf die westdeutsche Wirtschaft eine entscheidende Rolle in dem Streben Schmidts, die Folgen der Stabilitätspolitik innerhalb der EG zu verteilen. Die Debatte über die »importierte Inflation« sowie die wirtschaftlichen Folgen des französischen Mai 1968 in der Bundesrepublik trugen zu einer besseren Wahrnehmung der Interdependenzen zwischen den europäischen Volkswirtschaften bei. Die langfristige Stabilität der westdeutschen Wirtschaft war nunmehr ohne Stabilität innerhalb der Gemeinschaft schwer zu erreichen. Daher musste auf eine allmähliche politische Konvergenz der europäischen Nationen zur Stabilitätspolitik hingearbeitet werden. Dieses Ziel verblieb der Kern der westdeutschen WWU-Projekte und der Europapolitik der Bundesregierung bis Maastricht.

Der Weg zur Gründung der *Stabilitätsgemeinschaft* spaltete jedoch die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger der Bundesrepublik und öffnete den *Methodenstreit* wieder. Während der Schiller-Plan für lange Zeit die Konturen eines idealen Wegs über die wirtschaftliche Konvergenz zur monetären und politischen Krönung entworfen hatte und dessen Grundlinien von der »ordoliberalen Koalition« hartnäckig verteidigt wurden, hatten Schmidt und das AA eine neue Strategie für die Europäische Integration entwickelt, die darin bestand, die westdeutschen Finanz- und Währungsreserven zugunsten einer beschleunigten Akzeptanz der Stabilitätspolitik durch die EG-Partner einzusetzen. Das Scheitern der Alternativen, sowohl unter den Neun als auch unter den Beitrittskandidaten, war eher auf die allmähliche Akzeptanz des Sachzwangs durch Anpassungsprogramme zurückzuführen als auf die Attraktivität eines *Modells Deutschland*, das oft weit von der nationalen Realität der Partnerländer entfernt oder einfach verkannt war. Die Gründung des EWS vereinfachte politisch den Bruch mit der Logik der Schuldenwirtschaft durch die Verallgemeinerung des Sachzwangs und eines begrenzten Wachstums, was zu sozialen Bewegungen und politischen Protesten führte. Diese negative Konver-

genz, die von der Bevölkerung schwer zu akzeptieren und daher politisch fragil war, bedrohte außerdem die langfristige Weiterentwicklung Europas und insbesondere die Politische Union.

Innerhalb weniger Jahre hatte sich die Bundesrepublik von einem Handelsstaat in einer *Wirtschaftsgemeinschaft* zu einer selbstbewussten internationalen Währungs- und Finanzmacht innerhalb einer *Stabilitätsgemeinschaft* entwickelt. Sie war nun in der Lage, dem Druck ihrer Partner bezüglich der Währungs- und Finanzpolitik zu widerstehen und akzeptierte eine größere internationale Verantwortung, die sich in einem beträchtlichen Anstieg ihrer internationalen Finanztransfers von 8 auf 20,1 Milliarden DM zwischen 1973 und 1981 niederschlug.¹ Diese Entwicklung war zum Teil das Ergebnis einer Entpolitisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen durch die westdeutsche Diplomatie. Wirtschaftsexperten und -ministerien, vor allem aber die Bundesbank, übten einen wachsenden Einfluss auf nationale außenpolitische Entscheidungen sowie auf internationale Gipfeltreffen und in den europäischen Räten und Ausschüssen aus. Diese Strategie erwies sich als erfolgreich, indem sie die EG langfristig in die Stabilitätspolitik einband: Ein Austritt aus der *Stabilitätsgemeinschaft* bedeutete von nun an einen Austritt aus Europa.

¹ Vgl. W. Abelshauser: »Deutsche Wirtschaftspolitik zwischen europäischer Integration und Weltmarktorientierung«, in: Abelshauser, Das Bundeswirtschaftsministerium (2016), S. 571.

